

MAßNAHMENANTRAG *

Antrag auf Gewährung einer Bewilligung des Ersatzes von Aufwendungen für Maßnahmen aus EZG (§ 7 LNatSchG)

* Zur Umsetzung von Maßnahmen aus EZG, die aus zwei Phasen (Herstellungs- & Unterhaltungsphase) bestehen können.

Haben Sie Fragen zum Antrag oder zu Fördermöglichkeiten der Stiftung?
Wir helfen Ihnen gerne weiter!

Tel.: 06131-16 50 70
E-Mail: eingriff@snu.rlp.de

Stand: 08/2019

1. Maßnahmenübersicht

MAE-Nummer	über EGon zu generieren	
Maßnahmentitel		
Kurzbeschreibung		
Maßnahmenart**	<input type="checkbox"/> Biotop-/Artenschutz	<input type="checkbox"/> Grunderwerb
Maßnahmenfläche	Gemarkung:	Landkreis:
	Naturraum:	Naturraum-Nr.:
Schutzstatus	Nach § 7 (1) LNatSchG	
Flächen-eigentümer	<input type="checkbox"/> Privat <input type="checkbox"/> Kommune <input type="checkbox"/> Land	
Maßnahmen-zeitraum***	Geplanter Beginn: (Tag/Monat/Jahr)	
	Dauer Herstellungsphase (Phase I): (Jahre)	
	ggf. Dauer Unterhaltungsphase (Phase II): (Jahre)	

** Maßnahmen aus Mitteln der Ersatzzahlungen (EZG) müssen eine langfristige Aufwertung von Biotopen und Arten erzielen.

*** Zuwendungen können nur für Maßnahmen bewilligt werden, die noch nicht begonnen haben.

Mittel von investiven Maßnahmen aus Phase I werden nicht übertragbar sein auf Maßnahmen der Phase II. Nach Abschluss von Phase I werden ggf. überschüssige Mittel wieder für Finanzierungen anderer Maßnahmen freigegeben. Nur die eingeplanten Mittel für Phase II werden bis zum Maßnahmenende zurückgestellt. Maßnahmen aus EZG müssen nicht zwangsweise aus zwei Phasen bestehen.

Antragsteller	Institution:	
	Rechtsform:	
	Vorsteuer-abzugsberechtigt:	<input type="checkbox"/> Ja (Preise ohne USt - netto) <input type="checkbox"/> Nein (Preise mit USt - brutto)
	Anschrift:	
	Ort:	
	Telefon/Mail:	
Ansprechpartner	Name:	
	Telefon/Mail:	

Kosten <small>Kostenplan (A1) sowie Kostengliederung (A2) sind beizulegen</small>	Beantragte Zuwendung aus EZG:	€	100 %

Bankverbindung	Inhaber:	
	IBAN:	
	Bank:	BIC:

2. Maßnahmandarstellung

Die Darstellung kann auch auf einem gesonderten Blatt mit bis zu zwei DIN-A4-Seiten Umfang und unten genannten Aspekten erfolgen.

<p>2.1 Maßnahmenziele: (Welche Ergebnisse und Aufwertungen werden durch die zu planenden Maßnahmen angestrebt?)</p>
Empty space for content
<p>2.2 Maßnahmenbeschreibung: (Wie sollen die o. g. Aufwertungen erreicht werden? - Welche Maßnahmen sind in Phase I (Herstellungsphase) und ggf. Phase II (Unterhaltungsphase) vorgesehen?)</p>
Empty space for content
<p>2.3 Begründung: (Darlegung der Aufwertungsbedürftigkeit und -fähigkeit, Notwendigkeit der Maßnahme, Folgen bei Nichtdurchführung)</p>
Empty space for content
<p>2.4 Zielerreichungskriterien: (Woran kann der gewünschte Erfolg der Maßnahme, die erzielten Ergebnisse sowie Aufwertung, wie unter 2.1 beschrieben, gemessen werden? Nennung von Indikatoren)</p>
Empty space for content
<p>2.5 Langfristige Sicherung: (Verantwortlichkeit nach Maßnahmenende? Wie soll der dauerhafte Erhalt der o.g. Maßnahmenziele erreicht werden? Entstehen Folgekosten nach Abschluss der Maßnahme? Wenn ja, wofür und wie hoch sind diese jährlich? Wie werden diese Kosten – sofern nicht über Phase II beantragt – finanziert bzw. durch wen wird diese Aufgabe wahrgenommen?)</p>
Empty space for content

3. Anlagen

Führen Sie hier bitte durch ankreuzen auf, welche Anlagen beigelegt sind:

Nr.	Anlage	ja	nein/ entfällt
A1	Kostenplan (Vordruck)	<input type="checkbox"/>	
A2	Kostengliederung (Vordruck)	<input type="checkbox"/>	
A3	Nachweise über Förderanträge an anderer Stelle (ggf. Ablehnungen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bei Vereinen als Antragsteller (falls der Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz nicht vorliegend):

A4	Satzung des Vereins	<input type="checkbox"/>	
A5	Gemeinnützigkeitsnachweis/Freistellungsbescheinigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
A6	Darstellung zur öffentlichen (bspw. institutionellen) Förderung des Vereins	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kartendarstellungen zum Maßnahmenstandort / zu den beantragten Maßnahmen:

A7	Übersichtskarte	<input type="checkbox"/>	
A8	Maßnahmenkarte (Maßstab mind. 1:5.000 – 1:25.000)	<input type="checkbox"/>	
A9	Sonstige:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bei flächenwirksamen Maßnahmen bitte zusätzlich einreichen:

F1	Flurstücksaufstellung: Biotoptypen/Schutzstatus (Vordruck)	<input type="checkbox"/>	
F2	Pachtverträge und sonstige Nutzungsvereinbarungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F3	Erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen zur Durchführung der Maßnahme	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F4	Nachweis über Beteiligung der unteren Forstbehörde (nur bei ONB / UNB)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F5	Nachweis über Beteiligung der Landwirtschaftskammer (nur bei ONB / UNB)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F6	Nachweis über Greening-Belegung der Fläche von der unteren Landwirtschaftsbehörde (nur bei ONB / UNB)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F7	Stellungnahme der zuständigen unteren Naturschutzbehörde (UNB) (wenn diese nicht Antragsteller ist) entfällt bei ONB als Antragsteller	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Der Antragsteller bestätigt, dass

Nr.	ja
1. mit der zu fördernden Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird. Ihm ist bekannt, dass als Vorhabenbeginn grundsätzlich auch die Auftragsvergabe eines zuzurechnenden Liefer- oder Leistungsvertrags zu werten ist;	<input type="checkbox"/>
2. die Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind;	<input type="checkbox"/>
3. ihm bekannt ist, dass alle mit dem Zuwendungszweck verbundenen bzw. entstehenden Einnahmen dem Zuwendungsgeber unverzüglich mitgeteilt werden müssen und ggf. von den Gesamtkosten der Maßnahme in Abzug gebracht werden;	<input type="checkbox"/>
4. auf den beantragten Maßnahmenflächen keine andere Kompensationsverpflichtung nach der Eingriffsregelung (Ausgleichs- u. Ersatzmaßnahmen, Ökokonto, Ersatzzahlungsmaßnahmen) besteht, die der beantragten Maßnahme entgegensteht;	<input type="checkbox"/>
5. für die beantragte Maßnahme keine rechtlichen Verpflichtungen nach anderen Vorschriften bestehen (z. B. Verkehrssicherungspflicht, Gewässerunterhaltungspflicht);	<input type="checkbox"/>
6. die Gesamtfinanzierung der Maßnahme – unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung – gesichert ist;	<input type="checkbox"/>
7. ein ähnlich oder gleich lautender Antrag bei keiner anderen Institution zeitgleich gestellt wurde oder wird bis das Antragsverfahren bei der Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz abgeschlossen ist;	<input type="checkbox"/>
8. ihm bekannt ist, dass alle Angaben im Antrag, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich sind und Subventionsbetrug nach § 264 StGB strafbar ist;	<input type="checkbox"/>
9. bei der Vergabe von Aufträgen und deren Ausführung die geltenden Bestimmungen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung beachtet werden;	<input type="checkbox"/>
10. er die auf Grundlage der Datenschutz-Grundverordnung sowie der Landeshaushaltsordnung und des Landestransparenzgesetzes verfasste „Datenschutzerklärung und Information zur Veröffentlichung“ (https://snu.rlp.de/de/foerderungen/antragsunterlagen/antrag-fuer-massnahmen-aus-ersatzzahlungen/) des Ministeriums für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten gelesen hat und dieser zustimmt.	<input type="checkbox"/>

Handelt es sich bei dem Antragsteller nicht um eine kommunale Gebietskörperschaft oder um einen Zweckverband so bestätigt er bei einem Gesamtbetrag der Zuwendung oder bei einer Finanzierung durch mehrere Stellen von mehr als 100.000 EUR weiterhin, dass

11. Nr. 4 der Verwaltungsvorschrift über „Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung“ vom 22. Januar 2019 (MinBl. S. 14) beachtet wird; Siehe auch unter: https://fm.rlp.de/de/themen/verwaltung/korruptionspraevention/	<input type="checkbox"/>
12. das Rundschreiben des Ministeriums der Finanzen und des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 16. Juni 2003 über "Förderrechtliche Maßnahmen bei Verstößen gegen die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A) und die Verdingungsordnung für Leistungen (VOL/A)" (MinBl. S. 374) beachtet wird; Siehe auch unter: http://esf.rlp.de/fileadmin/esf/Dokumente/rundschreiben_foerderrechtliche_massnahmen.pdf	<input type="checkbox"/>

<p>Teil 2 der Verwaltungsvorschrift „Öffentliches Auftrags- und Beschaffungswesen in Rheinland-Pfalz“ vom 24. April 2014 (MinBl. S. 48) beachtet wird;</p> <p>13. Siehe auch unter: https://mwvlw.rlp.de/de/themen/wirtschafts-und-innovationspolitik/wettbewerbspolitik/vergaberecht/nationale-vergabeverfahren/.</p> <p>Dabei wird auf die Ziffern 3.3 (Scientology-Schutzerklärung) und 11.2 (Nichtberücksichtigung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinne des IAO-Übereinkommens Nr. 182) besonders hingewiesen.</p>	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

Ort, Datum

Unterschrift(en) der nach den gesetzlichen Bestimmungen/Statuten des Antragstellers zur Vertretung berechtigten Person(en)

Siegel, Stempel

Unterzeichner/in in Druckbuchstaben